

Memorandum für die Zukunft

Empfehlungen der entwicklungspolitischen Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) zu den Wahlen des Jahres 2009 und darüber hinaus

Der Cercle de Coopération des ONG de développement und seine Mitglieder legen in diesem „Memorandum für die Zukunft“ Empfehlungen dar, die die Rolle Luxemburgs in einer global gerechten neuen Weltordnung stärken sollen. Dieses Memorandum bleibt bewusst auf einige wenige zentrale und richtungweisende Punkte beschränkt, die für die luxemburgischen Entwicklungs-NGOs als Prüfsteine der nationalen Politikgestaltung gelten.

I. Sich für eine gerechte Welt stark machen

Die Probleme, zu denen unser Wohlstandmodell in anderen Regionen der Welt beiträgt, können nicht ausschließlich durch die Entwicklungszusammenarbeit behoben werden. Dazu bedarf es eines konsequenten Umbaus unserer Konsumgewohnheiten und einer entwicklungspolitischen Kohärenz in allen Bereichen der Außenbeziehungen.

Die Luxemburger Entwicklungspolitik muss sich also in eine „globale Strukturpolitik“ wandeln und sich somit Politikfelder einbeziehen, die bisher wenig mit solidarischen Nord-Süd-Beziehungen im Sinn hatten: Energie-, Wirtschaft, Transport- und Landwirtschaftspolitik seien als Beispiel genannt. Die dabei zu Tage tretenden gegensätzlichen Interessen müssen zur Diskussion gestellt und im Sinne der Menschenrechte der benachteiligten Bevölkerungen aufgelöst werden.

Um alle Bereiche der luxemburgischen Außenpolitik in Einklang mit den Zielen und Prinzipien der Entwicklungszusammenarbeit zu bringen, empfiehlt der „Cercle de Coopération des ONG de développement“ folgende Schritte:

I.1.

Die luxemburgische Regierung sollte einen für alle Politikfelder verbindlichen Nachhaltigkeitsplan mit konkreten Handlungszielen ausarbeiten. Dieser Plan muss explizit die Belange der sozialen, ökologischen und politischen Aspekte einer globalen Nachhaltigkeit berücksichtigen. Soziale und ökologische Kriterien wie Fairer Handel und ökologischer Landbau müssen in den öffentlichen Ausschreibungen angewendet werden, damit der Staat seiner Vorreiterrolle gerecht werden kann.

I.2.

Die luxemburgische Regierung soll in Fragen der internationalen Steuergesetzgebung die gleiche Vorreiterrolle übernehmen wie im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und den Ländern der südlichen Hemisphäre zu ihren Rechten verhelfen. Steuerflucht und Rechtsparadiese sind das größte Hindernis, wenn es darum geht die Entwicklung des Südens dauerhaft zu finanzieren.

Das Luxemburger Bankgeheimnis soll auf entwicklungspolitische Kohärenz überprüft und



© Christian Caron – flickr.com

dementsprechend angepasst werden. Gesetze die Steuerflucht aus anderen Ländern unterstützen behindern nachhaltige Entwicklung. Deshalb sollte Luxemburg bei Finanzdelikten und Steuerflucht die Amtshilfe allen Ländern zukommen lassen.

I.3.

Die luxemburgische Regierung sollte anlässlich des jährlichen Berichts zur nationalen Entwicklungszusammenarbeit zu Kohärenzfragen Stellung nehmen und in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Ministerien Vorschläge ausarbeiten, die auf die Verbesserung der Kohärenz zwischen den Politikbereichen beitragen. Dazu gehört sicherlich auch eine Verbesserung und Stärkung der Strukturen, die Kohärenz begutachten unter Einbeziehung von VertreterInnen der Zivilgesellschaft und der Forschungsgemeinschaft.

II. Klima-, Ressourcen- und Entwicklungspolitik gehören zusammen

Der Schutz unserer Atmosphäre ist vorrangig für das Überleben von Millionen Menschen in zahlreichen Ländern der südlichen Hemisphäre. Unsere CO₂-Emissionen stellen die Länder des Südens vor Probleme, die sie nicht zu verantworten haben und zu deren Lösung sie nicht die nötigen Mittel besitzen. Die nötigen Schritte in Richtung Senkung der CO₂-Emissionen und die Finanzierung der Anpassung an Klimawandel dürfen nicht weiter aufgeschoben werden

Um die luxemburgische Klimapolitik enger mit den Prinzipien der Entwicklungszusammenarbeit zu verbinden, empfiehlt der „Cercle de Coopération des ONG de développement“ folgende Schritte:

II.1.

Die luxemburgische Regierung sollte ihre Klima- und Ressourcenpolitik an den Bedürfnissen und an den Rechten der Länder des Südens messen. Die ungerechtfertigte Aneignung der Lebensressourcen durch eine kaufkräftige Minderheit, zu der mittlerweile Konsumenten in allen Erdteilen zählen, führt in eine globale soziale Katastrophe, da der ungehinderte Zugang zu diesen Ressourcen für Milliarden arme Menschen überlebenswichtig sind. Luxemburg muss den eigenen Ressourcenverbrauch seinem Anteil an der Weltbevölkerung anpassen und den unangebrachten Verbrauch nachwachsender Rohstoffe auf ökologische Kapazitäten reduzieren (ökologischer Fußabdruck).

II.2.

Die luxemburgische Regierung sollte ernsthafte und glaubwürdige Schritte einleiten, die zu einer drastischen Senkung der CO₂-Emissionen führen. Unsere Emissionen führen in den Ländern des Südens zu einer Vermehrung der wetterbedingten Katastrophen, die die Existenz der marginalisierten Bevölkerungsteile dieser Erde aufs Spiel setzen. Bis zum Jahre 2020 sollten wir unsere CO₂-Emissionen durch nationale Maßnahmen um wenigstens 30-40% senken, bis 2050 sind mindestens 80-95% Minderung anzustreben.

II.3.

Die luxemburgische Regierung sollte auf die Nutzung der flexiblen Mechanismen (clean development mechanisms-CDM) im Rahmen des Klimaprotokolls zum Erreichen der nationalen Reduktionsziele verzichten. Sollte sie dennoch in CDM-Projekte investieren, muss sie zwingend die Verträglichkeit dieser Projekte mit den Zielen der luxemburgischen Kooperationspolitik (Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung) überprüfen. Die CDM-Projekte dürfen aber in keinem Fall mit Geldern der Luxemburger Kooperation finanziert werden, es sollte sich um zusätzliche Gelder handeln für zusätzliche Reduktionsmaßnahmen.

II.4.

Die luxemburgische Regierung sollte einen angemessenen finanziellen Beitrag zur Anpassung der ärmeren Länder an den Klimawandel leisten. Das Modell der Greenhouse Development Rights (GDR)¹ bietet hier ein geeignetes theoretische Fundament für ein neues Leitbild das sich an unserer realen ökonomischen Position und unserer ökologischen Verantwortung im Vergleich zu den anderen Ländern der Welt orientiert.

III. Die luxemburgische Entwicklungszusammenarbeit ausbauen

Der Cercle de Coopération des ONG de développement und seine Mitglieder begrüßen die Bereitschaft der luxemburgischen Gesellschaft und der

Die luxemburgische Regierung sollte einen für alle Politikfelder verbindlichen Nachhaltigkeitsplan mit konkreten Handlungszielen ausarbeiten.

luxemburgischen Politik, sich für eine engagierte und großzügige Entwicklungspolitik einzusetzen. Die Höhe der Mittel, die in die luxemburgische Entwicklungszusammenarbeit fließen, ist europaweit beispielhaft. Um die luxemburgische Entwicklungszusammenarbeit weiter auszubauen, empfiehlt der „Cercle de Coopération des ONG de développement“ folgende Schritte:

III.1.

Die luxemburgische Regierung sollte ihre Zielvorgabe erneuern, die Ausgaben für die internationale Kooperation kurzfristig auf 1% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu erhöhen. Ein rückläufiges Entwicklungsbudget sollte ausgeschlossen werden.

III.2.

Die luxemburgische Regierung sollte ihre Bemühungen zur qualitativen Verbesserung ihrer Entwicklungszusammenarbeit mit andern Geberländern und vor allem mit den Entwicklungsländern fortsetzen und ausbauen. Die Pariser Erklärung und die Accra Agenda for Action² sind hierzu erste Schritte in Richtung mehr Eigenverantwortlichkeit der Partnerländer.

III.3.

Die luxemburgische Regierung sollte, in Zusammenarbeit mit allen entwicklungspolitischen Akteuren, die strategische Planung ihrer Entwicklungspolitik verbessern. Insbesondere gilt dies für die sektoriellen und geographischen Strategien.

IV. Die Zusammenarbeit mit den luxemburgischen NROs verbessern

Die Arbeit der NROs ist ein unverzichtbarer Bestandteil der luxemburgischen Kooperation, da

diese in Bereichen tätig sind, die der bilateralen Hilfe verschlossen bleiben und in Luxemburg das Sprachrohr der Bevölkerungen des Südens darstellen.

Um die Arbeit der NROs stärker zu unterstützen, empfiehlt der „Cercle de Coopération des ONG de développement“ folgende Schritte:

IV.1.

Die luxemburgische Regierung sollte eine enge inhaltliche Zusammenarbeit mit den NROs suchen und sie in die Ausarbeitung von strategischen Richtlinien der Entwicklungszusammenarbeit einbinden.

IV.2.

Die luxemburgische Regierung sollte die herausragende Bedeutung der Nord-Süd-Bildungsarbeit anerkennen und diese Arbeit durch die Bereitstellung von Mitteln in Höhe von mindestens 2% des Kooperationsbudgets unterstützen.

IV.3.

Die luxemburgische Regierung sollte die Rolle der NROs fördern und daher die Kofinanzierungsrate für von NROs eingereichten Projekte oder Rahmenabkommen auf 85% erhöhen. ♦

¹ The Right to Development in a Climate Constrained World: The Greenhouse Development Rights Framework. Published by the Heinrich Böll Foundation, Christian Aid, EcoEquity and the Stockholm Environment Institute, Berlin, November 2007

² Accra Agenda for Action (AAA), beschlossen am Accra High Level Forum on Aid Effectiveness (September 2008)

Zusätzliche Informationen:

Mike Mathias – Cercle de Coopération
Tel.: 26 02 09 11/E-Mail: info@cercle.lu

Die luxemburgische Regierung sollte ihre Klima- und Ressourcenpolitik an den Bedürfnissen und an den Rechten der Länder des Südens messen.

Conférence-débat

Social Inequality and Environment

le 24 avril 2009, de 18 h 00 à 20 h 00

avec comme participants :

Dr. Sunita Narain, Director, Center for Science and Environment, New Delhi

Prof. Richard Taylor, UCL Department of Geography, University College London, U.K.

Lieu: Université du Luxembourg, Campus Limpertsberg
Bâtiment des Sciences Salle 0.03, 162a, avenue de la Faïencerie, L-1511 Luxembourg

Contact pour plus d'informations :
Dr. Carmen Maganda, Université du Luxembourg, Laboratoire de Sciences Politiques
Tél. : 46 66 44-95 72/e-mail : carmen.maganda@uni.lu

Organisation : Université du Luxembourg, Cercle de Coopération des ONG de développement, Caritas et ASTM